

Im Rückspiegel plötzlich das Stadtwappen. Die Bundesstraße 8 quert hier den Schwarzbach, und der war, so steht es unter dem roten Löwen, der den blauen Anker hält, „Stadtgrenze bis zum 31. 12. 1974“. Dahinter kommt Wittlaer, ein Dorf, das damals nach Düsseldorf eingemeindet wurde; heute eine gefragte Wohngegend, gepflegte dreistöckige Mehrfamilien- und propere Einfamilienhäuser an der Straße, zum Rhein hin wird es teurer; am Ortsausgang ein „Garten-Center“, dann freie Landschaft, heckengesäumte Äcker und Wiesen, Niederrhein-Idylle. „Froschenteich“ heißt auf halber Strecke ein Weiler mit Biergarten und Obstanbau, die B 8 erreicht die Auffahrt auf die Krefelder Straße, links ein Landgasthaus und ein Bauernhof, dann die Abbiegung auf die A 59, die dreispurig nach Duisburg hineinführt.

Zwischen den Feldern verläuft irgendwo die Grenze, kein Bach, kein Zaun, nicht einmal ein Schild zeigt sie an. Unsichtbar trennt sie Arm und Reich, zwei Städte, wie sie so nirgendwo in Deutschland aneinanderstoßen: Düsseldorf und Duisburg, die Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen und die – der Titel stimmt immer noch – „Stadt Montan“. Beide liegen am Rhein, sind kreisfrei und fast gleich groß: Düsseldorf hat 217 Quadratkilometer und 588 000, Duisburg 232 Quadratkilometer und 489 000 Einwohner. Düsseldorf hat den „Medienhafen“, Duisburg den größten Binnenhafen Europas. Von Hauptbahnhof zu Hauptbahnhof sind es 27 Kilometer, immer noch geht die Autobahn nicht ganz durch.

Wirtschaftlich sind sie Ober- und Unterstadt: Düsseldorf ist schuldenfrei, Duisburg belastet 2,15 Milliarden Euro. In Düsseldorf arbeiten 357 000, in Duisburg 155 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die Arbeitslosenquote steht 9,1 zu 13,5 Prozent, das verfügbare Einkommen pro Haushalt 22 520 zu 15 968 Euro. Etwa 17 000 Menschen pendeln von Duisburg nach Düsseldorf zur Arbeit, knapp dreitausend in der Gegenrichtung. In Düsseldorf ist der Kitaplatz frei, in Duisburg zahlen Eltern, je nach Einkommen, bis zu 315 Euro im Monat. Im Fußball treffen sich beide in der zweiten Liga, die Fortuna spielt um den Auf-, der MSV um den Abstieg.

Auch in Ungelsheim, dem ersten Vorort im Duisburger Süden, gibt es schicke Einfamilienhäuser, in der Straße Am Heidberg noble Sechziger-Jahre-Villen. Die Immobilienpreise sind deutlich moderater als in Wittlaer, auch eine Prestigefrage: „Wer will schon ein „DU“ als Kennzeichen haben?“, sagt ein Berufspendler, und in Angermund, etwas östlich davon, das 1975 Düsseldorf zugeschlagen wurde, ärgern sie sich, dass sie immer noch die Duisburger Vorwahl haben: 0203. In den fünfziger Jahren war Duisburg reicher als Düsseldorf, 1956 gründeten beide die Deutsche Oper am Rhein. Die Vernunft-ehe hat Etatstreitigkeiten und Eifersüchteleien überstanden. Doch jetzt ist sie akut



Der Himmel über der Ruhr ist zwar schon lange wieder blau, aber die Aussichten sind dennoch trübe: Immer öfter bleibt der Rollladen unten.

Foto dapp

Gestern noch Kulturhauptstadt, heute Armenhaus der Republik

Löchrige Straßen, marode Fassaden: Sieht es wirklich so schlimm aus im Ruhrgebiet? Das Revier will jetzt die Osthilfe aufkündigen. Denn obwohl dank eines umfassenden Strukturwandels viel erreicht wurde, ist für die Zukunft nur wenig gewonnen. Längst nicht alle Nöte sind dabei selbst verschuldet.

Als jüngst die Debatte über einen Ruhr-Soli den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eröffnete, erzielte ein Motiv aus Bruckhausen die höchste Auflage: die Dieselstraße, die zwischen herunterge-

„Frankfurter Zeitung“ charakterisiert hat, „Eine viel genannte und ebenso unbekannte deutsche Provinz.“

Oberhausen, gleich neben Duisburg, ist mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von

Seit ihnen Bund und Länder immer mehr Aufgaben aufdrücken, sind die Kommunen strukturell unterfinanziert. Die Frage, inwieweit ihre Nöte hausgemacht sind, lässt sich nur für jede einzeln beant-

er Bundesbauminister Manfred Stolpe, Parlamentarier und Parteifreunde aus den neuen Ländern zu einer Besichtigungstour nach Gelsenkirchen, Gladbeck und Duisburg ein. Die zeigten sich beein-

städte, in Essen etwa ein Drittel (von 2,1 Milliarden Euro), durch Kreditaufnahmen für den Solidarpakt entstanden ist, ließe sich – im Sinne einer Solidarität zwischen den Städten und unter dem grundgesetzlichen Auftrag nach „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ – das Instrumentarium auch für deren Entschuldung nutzen: Die aufgelaufenen Altschulden würden im Umfang der von den Kommunen erbrachten Leistungen für den Solidarpakt einem Entschuldungsfonds zugeführt, für den die Mittel, die bislang ausschließlich zur Finanzierung der deutschen Einheit verwendet wurden, bereitstehen.

Die Solidarität der Städte hat auch eine historische Dimension: Das Ruhrgebiet war der Motor des Wirtschaftswunders, die großen Aufbauleistungen der Bundesrepublik wurden maßgeblich von den Industriestädten zwischen Wupper und Emischer erbracht, die damals das noch stark agrarisch strukturierte Bayern unterstützten und heute ihrerseits der Solidarität bedürfen. Danach war das Revier, beginnend mit dem Zechensterben, immer wieder die Region, in der sich Krisen, die später das ganze Land erfassten, zuerst und wie unter einem Brennglas abzeichneten: Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit, Energiekrise, Bevölkerungsentwicklung, Stadtfucht, Überalterung, Kinderarmut. Besser gelungen als anderswo ist die Integration – trotz der vielen Probleme herrscht sozialer Friede.

Gelsenkirchen ist eine schrumpfende Stadt: Seit 1960 hat es mehr als ein Drittel seiner damals fast vierhunderttausend Einwohner verloren, viele Besserverdienende sind ins nahe Münsterland gezogen, der Anteil der Hartz-IV-Empfänger, Migranten, sozial Schwachen und alten Bevölkerungsgruppen ist überproportional. Der spanische Stürmerstar Raúl erfreut die Fans von Schalke 04, aber nicht die Stadt. Denn er wohnt in Düsseldorf. Eine standesgemäße Villa hätte sich auch in Gelsenkirchen finden lassen, aber keine Internationale Schule für die Kinder und auch keine Königsallee, wo seine Frau, das Model Maman Zanz, gern shoppen geht.

Oder Beispiel Essen: Jahrzehntlang hat die Stadt es unter sozialdemokratischer Führung versäumt, Bauland für Mittelstandsfamilien auszuweisen, und so sind viele nach Velbert oder Ratingen ausgewichen. Heute pendeln vierzigtausend Menschen mehr nach Essen ein als aus. Ihre Steuern zahlen sie am Wohnort.

Das Ende der montanindustriellen Monostruktur hat das Ruhrgebiet geschwächt, aber auch einen breit angelegten Strukturwandel angestoßen, der das einst graue Revier grün gemacht hat. Der Ausbau der Hochschullandschaft, die Ansiedlung neuer Branchen, Renaturierungsprojekte: Die Erfolge sind eindrucksvoll und doch nicht groß genug,

gehen überstanden. Doch jetzt ist sie akut gefährdet. Denn Duisburg, das nur elf der insgesamt 35 Millionen Euro Zuschuss trägt, wirtschaftet mit einem Nothaushalt und soll, so die Bezirksregierung, seinen Anteil auf 8,5 Millionen senken. Der reiche Nachbar versteht die Nöte, doch das Defizit ausgleichen möchte er, wo er doch schon die Tarifierhöhungen übernommen hat, nicht. Sein Hilferuf geht ans Land.

Duisburg ist die drittgrößte Stadt des Ruhrgebiets und wie alle Kommunen dort hochverschuldet. In Ungelsheim fällt das nicht groß auf, es wirkt etwas kleinbürgerlicher als Wiltlaer. Die Armut folgt im Revier dem Kohleabbau, Süd-Nord-Gefälle. Rheinabwärts wird Duisburg ärmer, aber auch jünger, bunter, multikultureller. Straßen, so löchrig, dass nur noch Tempo dreißig erlaubt ist, marode öffentliche Gebäude, bröckelnde Fassaden, Leerstand, Schmutzedecken, Tristesse. Beispiel Bruckhausen: In dem gründerzeitlichen Stadtteil, gegenüber dem Stahlwerk von Thyssen, scheint die Zeit stehengeblieben. Die Autos wegfahren und ein paar Schilder abschrauben – fertig ist die Fünfziger-Jahre-Kulisse. Hier hat Sönke Wortmann Szenen von „Das Wunder von Bern“ gedreht.

kommenen Häuserfronten auf den übermächtigen, vom Teleobjektiv herangezoomten Hochofen zuläuft. Auch das ist Ruhrgebiet, die Industrie prägt es weiter, und es war ein Fehler der Kulturhauptstadt-Macher, sie wegschminken zu wollen.

Zugleich entspricht dieses Bild dem Klischee vom alten Kohlenpott, das sie nur von Schimanski kennen, immer noch sehen und sehen möchten. Der Blick auf den größten deutschen Ballungsraum wird von Bildern verstellt, die dem tiefgreifenden Umbruch, den er seit fünfzig Jahren durchläuft, nicht gerecht werden: Mit 5,3 Millionen Einwohnern ist das Ruhrgebiet anderthalbmal, in der Fläche fünfmal so groß wie Berlin, es hat vier Universitäten, fünf Opernhäuser sowie je drei der bedeutendsten Theater- (Bochum, Essen, Gelsenkirchen) und Museumsbauten (Bottrop, Duisburg, Essen) in Deutschland. Seine beiden Bundesligavereine spielen anders als Hertha BSC ganz oben mit. Doch versteht es sich, von außen verwaltet, polyzentrisch und kleinteilig, nicht als eine Stadt. Vielmehr ist es noch immer, wie Bernard von Brentano es 1930 in der

8340 Euro die ärmste Stadt Deutschlands und, wie Duisburg und Hagen, Remscheid und Wuppertal, überschuldet. Die Not ist sichtbar und spürbar: Stadtteilbibliothek, Jugendtreffs, Schwimmbäder und Sportplätze werden geschlossen, der Theaterzuschuss gekürzt, der Abendtakt der Busse ausgedünnt. Um den Beitrag zum Solidarpakt leisten zu können, hat die Stadt Kredite aufnehmen müssen. Das Ende dieser Zahlung, wie die SPD-Oberbürgermeister von Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen es fordern, würde den Haushalt entlasten, aber nicht konsolidieren.

Oberhausen war schon vor der Einheit pleite, im nördlichen Ruhrgebiet sind die Altdasten und Strukturprobleme am größten: Mit der Montanindustrie brachen die Steuereinnahmen weg, die Zahl der Arbeitslosen und die Sozialkosten schnellten in die Höhe. Ein Teufelskreis, aus dem die Stadt aus eigener Kraft nicht mehr herauskommt. Ihre Schulden sind höher als ihr Vermögen: Oberhausen steckt in der „Vergleichlichkeitsfalle“.

worte. Zu hoher Personalstand, übertriebene Investitionen: Warum etwa mussten viele mittlere Großstädte eine U-Bahn bauen, obwohl die zehnmal mehr kostet als eine Straßenbahn und sich inzwischen ein Sanierungsbedarf anstaut, der, mit Sicherheitsrisiken behaftet, als Zeitbombe tickt? Den Städten heute ihre Versäumnisse von gestern vorzuwerfen aber hilft nicht weiter. Was nützt, ist ein Kraftakt, der die Verteilung der Mittel zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu festlegt. Da die öffentliche Verschuldung alle betrifft, kann das nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte bei den staatlichen Leistungen und Steuererhöhungen geschehen.

Die Diskussion ist nicht neu. Schon 2003 forderte der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, die Vergabe von Fördermitteln für Kommunen zu Lasten der östlichen Bundesländer neu zu regeln, und Bauminister Michael Vesper rechnete vor, dass seit 1990 knapp fünf Milliarden Euro an Bundeszuschüssen für die Städtebauförderung in den Osten geflossen waren, fast zweihundert Millionen mehr als in die alten Länder in 32 Jahren. Um ihnen die Auswirkungen vor Augen zu führen, lud

drück. Zwar gaben sie keine Verzichtserklärungen ab, doch habe Stolpe, so Vesper, danach auch die Probleme im Ruhrgebiet angesprochen. Die Reflexe in Berlin waren die gleichen wie heute: Nur keine Neidebatte.

Ein vorzeitiger Ausstieg aus dem bis 2019 gesetzlich festgeschriebenen Solidarpakt II kann das Problem nicht lösen. Wer wie der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau von einem „perversem System“ spricht, ist dabei, alte Gräben wieder aufzureißen. Das SPD-Quartett schürt Ressentiments, und dass Norbert Röttgen die Regierung Kraft, die immerhin den Stärkungspakt Stadtfinanzen angelegt hat, für die Misere verantwortlich macht, ist nach fünf schwarz-gelben Jahren davor unsachlich und dreist. Christian Lindner hat recht: Es sollte nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit gefördert werden. Nur wie? Nach welchen Kriterien?

Schon vor zwei Jahren hat der Essener Stadtkämmerer Lars Martin Klieve einen bedenkenswerten Vorschlag gemacht, der den Solidarpakt nicht beschädigt, sondern verlängert und neu interpretiert. Da ein Teil der Schulden der bedürftigen West-

zu machen. Zu wenig Kaufkraft, zu wenige Akademiker und Gründer, zu viele Schulabbrecher, sinkendes Humanvermögen, Kirchturmdenken, infrastrukturelle Defizite, Verkehrsprobleme.

„Viel erreicht, wenig gewonnen“ bringt der Titel einer kürzlich erschienenen Studie die Lage auf den Punkt. Erst vor drei Monaten hat der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Armutsbericht vorgelegt und das Revier als „Problemgebiet Nummer eins in Deutschland“ ausgemacht. Gestern noch Kulturhauptstadt, heute Armenhaus der Republik! Das Niveau der Daseinsvorsorge fällt hinter andere Regionen zurück, die Wahrnehmung kommunaler Selbstverwaltung ist in Gefahr.

Die Krise, die das Ruhrgebiet und ähnlich das bergische Städtedreieck sowie das Saarland lähmt, kann sich schnell ausweiten und verschärfen: Wenn die zur Zeit so niedrigen Zinssätze steigen und der Schuldendienst höher ausfällt, wird das die Konsolidierungsbemühungen auch weniger belasteter Kommunen konterkarieren. Die Vergleichlichkeitsfalle, in der Duisburg, Oberhausen oder Hagen stecken, wird dann für andere Städte zuspinnen. ANDREAS ROSSMANN

Ziemlich beste Feinde